

Keine Law and Order Politik – Solidarität und Selbstorganisation für Sexarbeitende

Der aktuelle Berliner Koalitionsvertrag, die Inflation und die sozialen Kürzungen treffen insbesondere auch Sexarbeitende in der Stadt. Viele von ihnen sind als Frauen, Migrant*innen und oder trans Personen massiver Diskriminierung ausgesetzt. Zusätzlich locken Apps wie OnlyFans junge Menschen mit schnellem Geld und sind in sozialen Medien omnipräsent. Es ist also dringend notwendig, als Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg unsere Forderungen auszuformulieren.

Der Bezirksverband der Partei Die Linke steht für einen solidarischen Bezirk. Dass Menschen ihren Körper verkaufen müssen, um zu überleben oder durch andere Umstände in die Prostitution gezwungen werden, ist eines der Dinge, die wir als sozialistischer Verband bekämpfen. Konkret stehen wir für die Überwindung des kapitalistischen Systems, das Menschen in Ausbeutungsverhältnisse drängt. Wir erkennen an, dass Lohnarbeit in diesem System immer auch Ausbeutung bedeutet. Zusätzlich erkennen wir an, dass unsere langfristigen Ziele nicht kurzfristig helfen. In dem Kontext unterstützen wir Selbstorganisation für Sexarbeitende. Wir unterstützen die Sex Worker Action Group Berlin und die Sektion Sexarbeit der Freie Arbeiter*innen Union Berlin in ihrem gewerkschaftlichen und selbstbestimmten Kämpfen.

Wir wollen das Thema als Die Linke Tempelhof-Schöneberg nicht länger ignorieren. Neben der Unterstützung von Arbeitskämpfen müssen wir das Patriarchat bekämpfen. Dazu brauchen wir u.a. Bildungsangebote. Diese richten sich an die Gesamtgesellschaft. Doch auch wir selbst müssen unsere patriarchalen Strukturen (als Individuum und in den Strukturen der Partei) ablegen und verlernen.

Wir fordern:

- Stoppt die Abschiebepolitik, nur so kann Menschenhandel entgegengewirkt werden.
- Stärkung von Selbstorganisation, wir solidarisieren uns mit Sex Worker Action Group Berlin und die Sektion Sexarbeit der Freie Arbeiter*innen Union Berlin
- Eine intensivere finanzielle Unterstützung von Hydra, Olga und Subway und weiteren Beratungsstellen, die nicht Sex Worker feindlich sind.
- Soziale Hilfe trotz Fortführung der Sexarbeit.
- Ein Stopp der Stigmatisierung und Stärkung von Beratung und Aufklärung zusätzlich zu den Ausstiegsprogrammen
- Aufgrund von Apps wie OnlyFans bereits Prävention und Aufklärungsmaßnahmen für Minderjährige.
- Ein Stopp der Law and Order Politik, die keine Sicherheit schafft, sondern Diskriminierung
- Stärkung der sozialen Systeme der Stadt, Kampf gegen Ausbeutungsursachen, sodass Menschen nicht gezwungen werden Sex Arbeit zu leisten
- Verbesserung der sozialen Absicherung und Arbeitsbedingungen: Sexarbeiter*innen müssen einen sicheren Zugang zu sozialer Absicherung, Arbeitsrechten und gesundheitlichen Leistungen haben. Dazu zählen:
 - legale und geschützte Arbeitsverhältnisse
 - Zugang zu Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, sich für entsprechende Positionierungen auch auf Berliner Landesebene einzusetzen.

Begründung:

Wir streben ebenfalls eine Position zum Thema Sexarbeit an. Sexarbeit ist in Tempelhof-Schöneberg ein Thema, das wir aus vielen Gründen nicht ausblenden können.

Wir finden auch, dass das Nordische Modell abzulehnen ist. Modelle abzulehnen reicht uns aber nicht aus. Wir müssen die Ursachen von Ausbeutung und Unterdrückung mit in unsere Analysen und Forderungen aufnehmen und ausgehend davon eigene Positionen entwickeln.

Wir wollen die Bedingungen, die Sexarbeit notwendig machen, überwinden. Neben dem langfristigen Kampf für eine ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung, müssen wir auch kurzfristig agieren. Deshalb unterstützen wir neben Beratungsangeboten auch den (selbstbestimmten) Arbeitskampf von Sexarbeiter*innen.

Im Ursprungsantrag fehlt uns, dass die unterdrückenden Ursachen, die zu Sexarbeit führen nicht überwunden werden. Weiterhin sollten Sexarbeitende nicht stigmatisiert werden.

Nichtsdestotrotz brauchen wir selbstbestimmte empowernde Angebote neben der Unterstützung aus der Sexarbeit aussteigen zu können.

Unser Antrag lehnt die Intention des Ursprungsantrags nicht ab, ist aber weitergehend.

Unser Antrag hat als Grundlage den Beschluss „Keine Law and Order Politik – Solidarität und Selbstorganisation für Sexarbeitende“ der Linksjugend Solid Berlin von der 36.

Landesvollversammlung und wurde nur leicht angepasst. Der Beschluss der Linksjugend Solid wurde von Menschen mit verschiedenen Perspektiven auf das Thema erarbeitet.